

# SEBASTIAN BREHM

## Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen,  
liebe Bürger!

Es ist ein trauriger Jahrestag: Vor etwas mehr als einem Jahr fiel die russische Armee in die Ukraine ein. Ein Angriff auch auf die europäische Nachkriegsfriedensordnung. Wenige Tage später rief Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag die „Zeitenwende“ aus – einschließlich eines 100 Milliarden Euro-Sondervermögens für die Bundeswehr für bessere Ausrüstung, modernes Einsatzgerät und mehr Personal. CDU und CSU haben dies angesichts der historischen Herausforderung unterstützt.

Doch ein Jahr nach der Zeitenwende-Rede ist bei Truppe vom Sondervermögen nichts angekommen. Entsprechend deutlich ist die Kritik des Bundeswehr-Verbandes. Einzig die Beschaffung von F-35-Kampffjets wurde beschlossen. Doch sie werden nicht vor 2026 bei der Luftwaffe in Dienst gestellt.

Weichenstellungen bei der Beschaffung von Panzern, Schiffen, Munition und Ausrüstung – Fehlanzeige. Der Nachfolger des Transportpanzers „Fuchs“ wurde sogar von der Beschaffungsliste genommen worden. Gerät und Munition, die die Bundeswehr an die Ukraine abgab, wurden nicht nachbeschafft.

Nichts geblieben ist vom Versprechen des Bundeskanzlers, künftig zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigungsausgaben auszugeben. Nicht viel besser steht es um das Versprechen: „Was für die Sicherung des Friedens in Europa gebraucht wird, das wird getan.“ Die Bundesregierung erwies sich – leider – eher als Bremser, denn als Vorreiter.

Unterdessen zeigt die Ablehnung eines Parteiausschlusses von Gerhard Schröder durch die Bezirksschiedskommission Hannover in dieser Woche, dass die Kreml-Freunde in der Regierungspartei SPD immer noch einen sicheren Hafen haben.

In Mecklenburg-Vorpommern gingen derweil Steuerakten der öminösen Klimastiftung MV in Rauch auf – eine Stiftung, die mit russischem Geld internationale Sanktionen gegen die Gaspipeline North Stream 2 unterlaufen sollte. Ein Untersuchungsausschuss des Landtages wird von der rot-roten Landesregierung systematisch in der Arbeit behindert. Auf Antrag von CDU und CSU hat sich damit der Bundestag beschäftigt. Hier finden Sie [meine Rede](#) dazu.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Freude beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich  
Ihr Sebastian Brehm

## Bauen noch teurer dank Rot-Grün-Gelb



Während die Bundesregierung nicht müde wird, kostengünstigen Wohnraum zu fordern, tun Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und Bauministerin Klara Geywitz weiter alles, die Kosten in die Höhe zu treiben. Nach dem praktischen Aus der Eigenheimförderung für Normalverdiener, legen beide nun mit einem Einbauverbot für Erdgas- und Ölheizungen nach. Ab 2024 sollen danach nur noch Heizungen eingebaut werden, die mindestens zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden, sieht ein erster Entwurf für ein Gebäudeenergiegesetz vor.

Das gilt auch für den Austausch von Heizungen im Wohnungsbestand. Betroffen sind damit kurz-, mittel- und langfristig mindestens drei Viertel des gesamten Wohnungsbestandes in Deutschland, der aber zumeist nur mit weiteren hohen Zusatzkosten umgerüstet werden kann. In vielen Fällen wie bei Gasetagenheizungen ist eine technische Lösung noch gar nicht in Sicht.

**Sebastian Brehm:** „Die Pläne sind nicht zu Ende gedacht. Sie verschrecken Hauseigentümer und Vermieter und treffen am Ende auch die Mieter, auf die die Kosten derartiger Sanierungspflichten umgelegt werden. Das ist das Gegenteil von

kluger Politik und Gift in der aktuellen Situation, in der wir alles dafür tun sollten, den stotternden Motor im Wohnungsbau am Laufen zu halten. Man kann für Millionen bestehender Gebäude nur etwas vorgeben, was auch wirklich machbar und finanzierbar ist. Klimaschutz, der Hauseigentümer und Mieter finanziell überfordert, geht nach hinten los.“

## Zinslast statt Zukunftsinvestitionen



Die Schuldenpolitik der Ampelregierung zeigt immer deutlicher ihre Folgen. Bundesfinanzminister Christian Lindner musste jetzt einräumen, dass sich die Zinslast des Bundes innerhalb von nur zwei Jahren verzehnfacht hat - von rund vier Milliarden Euro in 2021 auf rund 40 Milliarden in diesem Jahr. Mitschuldig an dem Desaster ist auch die verfehlte Finanzplanung von der Lindners Amtsvorgänger Olaf Scholz.



**Sebastian Brehm:** „Der Bund zahlt den Preis dafür, dass Herr Scholz in seiner Zeit als Bundesfinanzminister die Phase der negativen Zinsen nicht genutzt hat, um geschickt längerfristig umzuschulden. Und es rächt sich der mangelnde Sparwillen der Ampelkoalition. Statt in

Zukunftsinvestitionen fließen nun immer höhere Milliardensummen in den Schuldendienst. Bundesfinanzminister Lindner rechnet sich den Haushalt auf dem Papier schön, aber die Wirklichkeit holt Rot-Grün-Gelb unerbittlich ein.“

## Ampel gegen Sondertribunal zu russischen Kriegsverbrechen



Seit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen von 1946 besteht eigentlich Einigkeit: ein Angriffskrieg ist ein Verbrechen, das juristisch verfolgt werden muss. CDU und CSU fordern deshalb ein Sondertribunal zur Aburteilung der Hauptverantwortlichen des russischen Überfalls auf die Ukraine. Was eigentlich selbstverständlich sein sollte, scheiterte jetzt im Bundestag an Rot-Grün-Gelb.



**Sebastian Brehm:** „Zwischen Worten und Taten der Ampelkoalition zum russischen Angriff auf die Ukraine klafft eine große

Lücke. Während Außenministerin Baerbock nicht müde wird, die Verfolgung der Kriegsverbrechen zu fordern, lehnen SPD, FDP und Grüne in unheiliger Allianz mit AfD und Linken die Einrichtung eines Sondertribunals ab. Das ist schändlich. Da der Internationale Strafgerichtshof nur eingeschränkte Kompetenzen zur Ahndung

solcher Verbrechen hat, ist ein Sondertribunal die einzig realistische Chance, die Verantwortlichen für den Angriffskrieg zur Rechenschaft zu ziehen. Wer sagt, die Verbrechen müssen abgeurteilt werden und gleichzeitig ein Sondertribunal ablehnt, ist unglaublich.“

## Kein Herz für Kinder

Der rasche Ausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern droht an der Ampelkoalition zu scheitern. Vor rund drei Jahren hatte der Bundestag beschlossen, den Ausbau bis Ende 2022 mit 3,5 Milliarden Euro zu unterstützen. Weil Corona-Pandemie und die Hochwasserkatastrophen im Westen und Süden Deutschlands die Planungen verzögerten, konnten aber längst nicht alle Fördermittel in Anspruch genommen werden. CDU und CSU hatten deshalb eine [Initiative](#) zur rückwirkenden Verlängerung des Programms gestartet. Das ist nun am Widerstand der rot-grün-gelben Mehrheit im Bundestag gescheitert.

**Sebastian Brehm:** „In ihrem Koalitionsvertrag haben SPD, Grünen und FDP versprochen, dass der Ausbau der Ganztagsangebote weiter unterstützt werden soll. Der Wortbruch ist offensichtlich. Fördergelder drohen zu verfallen. Mit der Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf hätte die Ampel unter Beweis stellen können, dass sie es mit ihrem Versprechen ernst meint.“

## MAN – Zukunft made in Nürnberg

Mitten in Nürnberg entsteht bei der Firma MANTruck & Bus die Basis für den



klimaneutralen Lastverkehr der Zukunft. Auch bei LKW's stehen die Zeichen klar auf E-Mobilität. Durch massive Investitionen in den traditionsreichen Standort mit mehr als 3.000 Mitarbeitern soll bereits in zwei Jahren die hauseigene Großserienfertigung riesiger Batteriepacks für E-Trucks anlaufen.

Die Industrie arbeitet mit Hochdruck an einer klimaneutralen Transformation des Lkw-Segments. Damit alle Kräfte auf diese Herausforderung konzentriert werden können, wäre es besser auf die geplante Euro-7-Norm mit noch strengeren und technisch kaum umsetzbaren Grenzwerten für die Übergangsjahre zu verzichten. Entscheidend für einen Erfolg der Bemühungen der Industrie wird letztlich aber sein, ob der Ausbau der Ladeinfrastruktur für den Lkw-Bereich entsprechend vorankommt. Denn verglichen mit

vollelektrischen E-Pkw stellt sich hier ein gänzlich anderes Anforderungsprofil.

## Spendenscheck für Englein e.V.



Beim großen Radio F-Spendentag konnten wieder mehr als 117.000 Euro für den Verein Englein e.V. zu Gunsten krebskranker Kinder und ihrer Familien gesammelt werden. Gerne habe ich die Schirmherrschaft über die Aktion übernommen. Ich danke alle Spenderinnen und Spender. Ein großes Dankeschön geht vor allem auch an die Vereinsvorstände Klaus und Yvonne Specht, die mit viel Herzblut und Engagement den Betroffenen individuell Unterstützung leisten.

**Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ [sebastian.brehm@bundestag.de](mailto:sebastian.brehm@bundestag.de)

[www.sebastianbrehm.de](http://www.sebastianbrehm.de)



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.